

Hinweis zum Antrag auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung

Bitte den Antrag vollständig ausfüllen, ausdrucken, unterschreiben und mit den erforderlichen Unterlagen per Post an die Wohnsitzgemeinde senden oder dort persönlich abgeben.

Die Wohnsitzgemeinde wird den Antrag dann an das Landratsamt Rosenheim weiterleiten.

Bitte lesen Sie die Erläuterungen vor Ausfüllen des Antrags sorgfältig durch!



Landratsamt Rosenheim

Erläuterungen zum Antrag auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung

Um an einem Fachkundefhrgang für den Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen teilnehmen zu können, benötigt man eine Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 34 der 1. Sprengstoffverordnung (1. SprengV).

Voraussetzungen:

- Vollendung des 21. Lebensjahres
- Körperliche Eignung
- Zuverlässigkeit

Weiteres Verfahren:

Mit dem Fachkundenachweis können Sie dann eine Erlaubnis nach § 27 Sprengstoffgesetz (Sprengstofferlaubnis) beantragen.

Die Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung ist über die jeweilige Wohnsitzgemeinde beim Landratsamt Rosenheim zu beantragen.

Gebühr: 70,00 EUR

Ansprechpartner:

Sollten Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den zuständigen Sachbearbeiter:

Name	Telefon	Fax	Email
Herr Michel	08031 - 392 5106	08031 - 392 95106	wolfgang.michel@lra-rosenheim.de

Landratsamt Rosenheim
Sachgebiet V / 1
Wittelsbacher Straße 53
83022 Rosenheim

**Antrag auf Erteilung einer
Unbedenklichkeitsbescheinigung nach
§ 34 Abs. 2 Ersten Sprengstoff-
verordnung für den Lehrgang**

Umgang – ausgenommen das Herstellen -
mit Treibladungspulver zum Laden und
Wiederladen von Patronenhülsen

Umgang – ausgenommen das Herstellen –
mit Treibladungspulver zum Vorderlader-
schießen

Umgang – ausgenommen das Herstellen –
mit Böllerpulver

bei _____
(Name und Anschrift des Lehrgangsträgers)

vom _____ bis _____

Angaben zur Person des Antragstellers:

1. Familienname _____ Vorname _____

Geburtsname _____ Telefon-Nr. _____

2. Geburtsdatum _____ Geburtsort _____

Geb. Landkreis _____ Geb. Land _____

3. Geburtsname der Mutter _____

4. Staatsangehörigkeit deutsch _____
(andere)

5. Wohnanschrift _____

6. Bereits bestehende sprengstoffrechtliche Erlaubnisse ja nein

Ausstellende Behörde _____

Ausstellungsjahr _____

Ort: _____ Datum: _____

(Unterschrift des Antragstellers)

Diese Seite wird nur von der Behörde ausgefüllt!

Stellungnahme der Stadt/Gemeinde

Die Angaben des Antragstellers zur Person stimmen mit den meldeamtlichen Unterlagen überein nicht überein und werden wie folgt berichtigt: _____

Er ist hier seit _____ mit Hauptwohnung Nebenwohnung gemeldet. Weitere Wohnung in: Anschrift _____

Der Antragsteller hat den gewöhnlichen Aufenthalt in _____
Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers bestehen nicht aus folgenden Gründen (z.B. wegen schwerer oder wiederholter Verbrechen oder Vergehen gegen Strafgesetze, Trunksucht, Rauschgiftsucht, Neigung zu Ausschreitungen, Rohheitsdelikte usw., Geisteskrankheit, Geistesschwachheit, körperliche Mängel, Geschäftsunfähigkeit usw.): _____

Die Unterschriften der Erziehungsberechtigten werden beglaubigt.

Stadt/Gemeinde/Datum

Unterschrift

Stellungnahme der Polizeidienststelle

Gegen den Antragsteller schwebt, soweit hier bekannt, zur Zeit

kein folgendes Straf-, Bußgeld- oder Ermittlungsverfahren: **AZ** _____

Ort, Datum

Unterschrift

Vermerke/Verfügung der Genehmigungsbehörde

	Datum	Namenszeichen
1. Ausnahmegenehmigung erteilt		
2. Gebühr EUR <input type="text"/> Block/Blatt-Nr. <input type="text"/>		
(Abs. II Lfd.Nr. zur SprengKostV)		
3. Ausnahmegenehmigung <input type="checkbox"/> ausgehändigt <input type="checkbox"/> übersandt am		
4. Zum Akt.....		

Empfangsbestätigung (Unterschrift des Empfängers)

Genehmigungsbehörde

Ort, Datum

Unterschrift